



PREMIUM SERIE: MITTELMÄCHTE OHNE WELTORDNUNG

Südafrika behauptet sich als postrevolutionäre Mittelmacht

GASTBEITRAG von Martin Wiesmann

09.07.2026, 06:50 Lesezeit: 6 Min.



Mittelmächte stehen vor der Herausforderung, die Abhängigkeiten von den Großmächten USA und China zu reduzieren. In einer Serie beleuchten wir, wie einzelne Staaten dies angehen. Nach Saudi-Arabien geht es im zweiten Teil unserer Serie um Südafrika.

[Zur App](#)

„W

ir sind ein kleines Team“, eröffnet Nokukhanya Jele, außenpolitische Beraterin von Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa, etwas atemlos das Gespräch. Trotzdem kam sie pünktlich zu dem Treffen im

Präsidentenpalast von Pretoria. Südafrikanerin jüdisch-ungarischer Abstammung, hat Jele die Anklage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen maßgeblich vorangetrieben. Das Spannungsverhältnis zwischen Südafrikas begrenzten Ressourcen und den großen Ambitionen des Befreiungsprojekts des Afrikanischen Nationalkongresses (African National Congress, ANC), mit dessen revolutionärem Erbe sich Südafrika außen- wie innenpolitisch weiterhin stark identifiziert, ist ihr bewusst. Verhandelbar sind dessen Grundsätze für sie jedoch nicht.

Geopolitisches Navigieren und innenpolitischer Druck

Als postrevolutionäre Mittelmacht hat Südafrika unter den blockfreien Staaten über Jahrzehnte eine besonders distanzierte Haltung zu den USA eingenommen.

Gleichzeitig suchte es seine strategische Autonomie in kooperativen Strukturen wie den G 20, den BRICS-Ländern um Brasilien, Russland, Indien und China und der Afrikanischen Union, aber auch auf der großen Bühne der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen zu sichern.



Illustration: Sarah Wehrlin

Rohstoffexporteur mit einer stark negativen Handelsbilanz gegenüber China und einer sich nur langsam entwickelnden industriellen Basis, ist Südafrika der wachsenden geopolitischen Volatilität besonders ausgesetzt. Mit durchschnittlich 0,7 Prozent Wachstum über die vergangenen zehn Jahre fehlt der Wirtschaft zudem die Dynamik, um die außenpolitischen Ambitionen dauerhaft zu unterlegen. Von der Afrikanischen Union trotz seiner für den Kontinent wichtigen Gateway-Funktion insbesondere für Exporte in die USA nicht entsprechend unterstützt, kämpft Südafrika bislang ebenso vergeblich wie Brasilien und Indien um einen Sitz in einem reformierten UN-Sicherheitsrat.

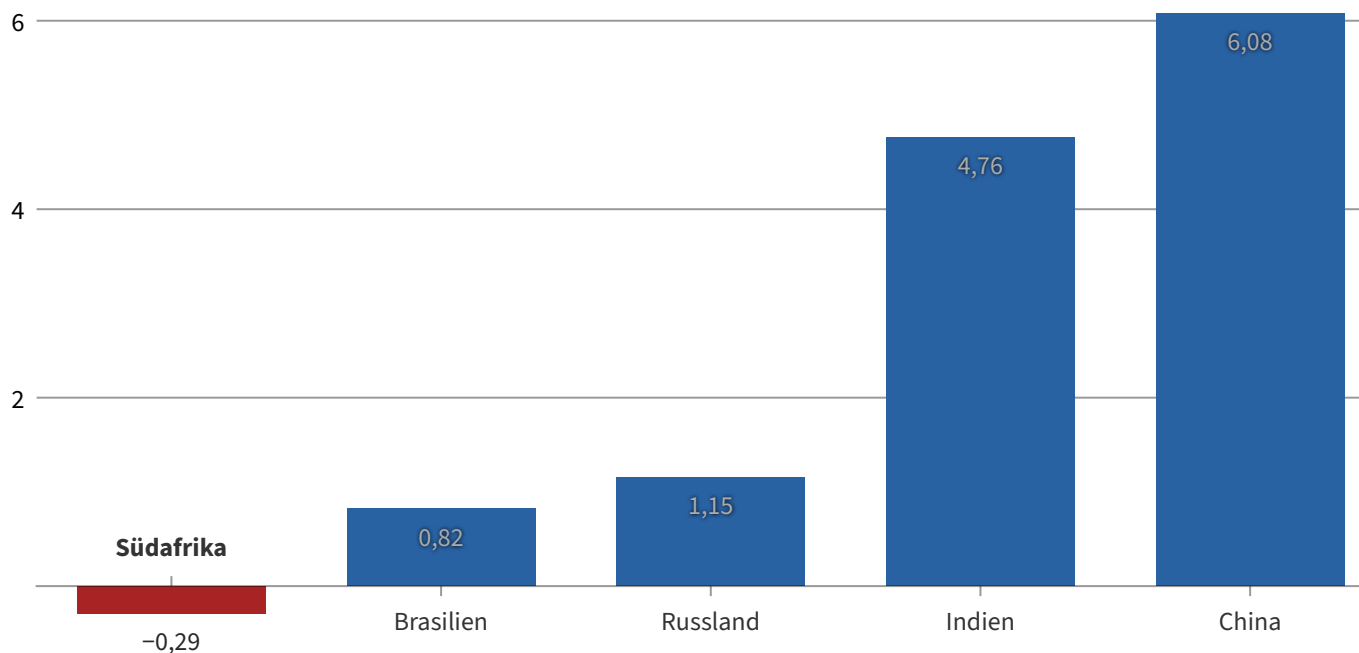
Südafrikaner zitieren gerne den früheren Premierminister Jan Smuts, wenn sie nach dem Zustand ihres Landes 36 Jahre nach dem Ende der Apartheid gefragt werden: In

Südafrika, so seine oft variierte Formel, geschehe „weder das ganz Schlimme noch das ganz Große“. Natürlich ist das eine Frage der Maßstäbe. Nelson Mandela wurde zum Weltstar, und Südafrika gilt bis heute als einer der wenigen Fälle, in denen internationale Sanktionen und politische Ächtung maßgeblich zum Ende eines Regimes beitrugen. Auch akzeptierte der ANC 2024 den Verlust seiner absoluten Mehrheit und bildete eine Koalitionsregierung mit der liberal-konservativen Democratic Alliance (DA). Großes ist also durchaus geschehen – zum vielfach vorhergesagten Ausbruch politischer Gewalt aber kam es bislang nicht.

Dennoch hat sich in Südafrika enormer Druck aufgebaut. Eine Arbeitslosigkeit von über 31 Prozent, von mehr als 60 Prozent unter Jugendlichen – allerdings nur rund 16 Prozent unter weißen Jugendlichen – sowie ein seit über einem Jahrzehnt stagnierendes reales Pro-Kopf-BIP stellen eines der weltweit radikalsten gesellschaftlichen Transformationsprojekte infrage. Es sollte mit den Instrumenten wie der breiten Ermächtigung der schwarzen Bevölkerung (Black Economic Empowerment, BEE) die Folgen von Jahrzehnten der Apartheid überwinden. In Studien werden volkswirtschaftliche Verluste von 1,5 bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf BEE zurückgeführt. Statt der breiten Beteiligung der schwarzen Bevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung Südafrikas entstand eine kleine schwarze Elite. Nach Schätzungen des „Economist“ hat sie allein an der gesetzlich vorgeschriebenen Vermittlung von Unternehmensbeteiligungen an Schwarze rund 50 Milliarden Dollar „mitverdient“. Die Regierung setzt auf Flexibilisierung von BEE zu „B-BBEE“ einem breiteren „Broad-Based Black Economic Empowerment“, doch mit bisher begrenztem Erfolg.

Südafrika sucht nach seinem Wachstumsweg

Durchschnittlicher jährlicher BIP-Zuwachs von 2008 bis 2024, in Prozent



<https://www.faz.net/weltwirtschaft> / Quelle: World Bank / F.A.Z.-Grafik: grün.

Effektiver ist der Ansatz der Regierung, gemeinsam mit dem Privatsektor die dramatischen Ausfälle bei der Strom- und Wasserversorgung zu beheben und die weitgehend von Kohle und Gasimporten abhängige Energieinfrastruktur zu modernisieren. Zu einem für Schwellenländer typischen dynamischen Wachstumsprofil findet das Land damit zwar noch nicht. Mit einem Inflationsziel von drei Prozent, einer Staatsverschuldung von knapp unter 80 Prozent des BIP, einem liquiden Kapitalmarkt und einer verbesserten Bewertung der Ratingagentur Standard & Poor's auf BB (Fremdwährung) beziehungsweise BB+ (Lokalwährung) sind die Voraussetzungen für einen Aufstieg allerdings durchaus gegeben.

Revolutionäres Erbe und außenpolitische Identität

Südafrika bleibt jedoch nicht nur in der Transformationspolitik und deren Instrumenten den Visionen und Missionen der Vergangenheit verhaftet. Als einst von der Sowjetunion unterstützte Befreiungsbewegung pflegen und kultivieren Teile des ANC bis heute enge Beziehungen zu Russland. Ausdruck dieser historischen Verbundenheit waren auch die gemeinsamen Marinemanöver mit Russland und China, die Südafrika noch ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine abhielt.

Es waren jedoch nicht diese Manöver, die dazu führten, dass Präsident Ramaphosa als erster ausländischer Gast nach Trumps Wiederwahl im Weißen Haus eine Art Tribunal erlebte. Der Vorwurf eines angeblich durch seine Regierung betriebenen „white genocide“ war vor allem eine politische Reaktion auf die von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof eingereichte Klage gegen Israel wegen des Verdachts auf Genozid in Gaza. Südafrika hält unbeirrt an dem von Nelson Mandela geprägten Glaubenssatz fest, wonach „Südafrika nicht frei ist, solange nicht auch das Volk der Palästinenser“ seine Freiheit und Eigenständigkeit errungen habe.

Trump belegte Südafrika mit zusätzlichen 30 Prozent Strafzöllen und bot emigrationswilligen südafrikanischen Staatsbürgern weißer Hautfarbe die Einreise in die USA an, wovon bislang jedoch nur wenige Tausend Gebrauch gemacht haben. Doch nicht nur im Nahostkonflikt, auch in der jahrzehntelangen Unterstützung der westsaharischen Unabhängigkeitsbewegung gegen Marokko zeigt sich, wie stark das außenpolitische Selbstverständnis des ANC bis heute vom Erbe des Befreiungskampfes geprägt ist – selbst wenn dies bedeutet, die Beziehungen zu den USA zu belasten. In diesen agiert Südafrika weiterhin mit Selbstbewusstsein: So lud die Regierung die USA kurzerhand vom „Leaders Summit“ der G 20 aus, als die USA ihre Teilnahme am G-20-Gipfel im November 2025 in Johannesburg auf die Entsendung ihres Geschäftsträgers zurückstufen.

Geopolitischer Pragmatismus

In Pretoria herrscht also erheblicher Handlungsdruck, jedoch keine Panik. Weltweit führender Produzent von Platinmetallen sowie mit bedeutenden Vorkommen an Mangan und Chrom bleibt Südafrika nicht zuletzt ein potentieller Lieferant der EU für überlebenswichtige Mineralien (Critical Raw Materials Act). Gleichzeitig bemüht sich das Land, an China verlorene Wertschöpfung zurückzugewinnen und seine wirtschaftlichen Beziehungen zu diversifizieren.

China ist inzwischen mit rund 21 Prozent des Handelsvolumens der größte Handelspartner Südafrikas. Demgegenüber halten die Mitgliedstaaten der EU mit rund 40 Prozent den größten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen, allen voran die deutsche Automobilindustrie. Zugleich gewinnen regionale Handlungsräume wie die Afrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) und die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community, SADC) an Bedeutung und tragen dazu bei, die Abhängigkeit von einzelnen Exportmärkten zu verringern. Dank AfCFTA entwickelte sich Südafrika zum

wichtigsten Agrarversorger des afrikanischen Kontinents mit jährlichem Exportwachstum von jüngst mehr als 15 Prozent. Der Bruch mit den USA, in die bis 2024 rund sieben bis acht Prozent der Gesamtexporte gingen, ist nicht existenzgefährdend, hat aber sektoral erhebliche Konsequenzen. So wird in der Automobilindustrie mit einem Verlust von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen gerechnet.

MEHR ZUM THEMA

PREMIUM SERIE: MITTELMÄCHTE OHNE WELTORDNUNG

Saudi-Arabiens Streben nach regionaler Hegemonie

PREMIUM INTERNATIONALE HILFE

Wie Trump die globale Entwicklungspolitik umkrempelt

So real das politische Erbe des ANC für den innen- und außenpolitischen Kurs Südafrikas auch ist, seine Strategen in Handels-, Außenwirtschafts- und Währungspolitik denken und agieren über ideologische Horizonte hinaus: „Wir kooperieren mit allen, wir kooperieren selbst mit Entsalzungsexperten aus Israel“, sagt die Handelsbeauftragte der Republik Südafrika, Xolelwa Mlumbi-Peter. Und während BRICS in Pretoria als unverzichtbarer Handlungsrahmen geopolitischer und geoökonomischer Optionalität betrachtet wird, bleibt der Umgang mit der BRICS-Agenda ausgesprochen pragmatisch. Zwar ist Südafrika Gründungsmitglied des BRICS Contingent Reserve Arrangements (CRA) – einer 2014 geschaffenen Liquiditäts- und Swap-Fazilität außerhalb des Dollarraums –, doch dürften von Pretoria vorerst keine signifikanten Impulse in Richtung einer gemeinsamen BRICS-Währung ausgehen. Dem steht nicht zuletzt der Realismus der südafrikanischen Zentralbank entgegen, die weiterhin rund 70 Prozent ihrer Währungsreserven in US-Dollar hält.

Schließlich liefert Mandela selbst Belege für unideologischen Pragmatismus: Nach Gesprächen ausgerechnet mit der chinesischen Delegation in Davos 1992 rückte er von der ursprünglich geplanten Verstaatlichung südafrikanischer Schlüsselindustrien ab. Heute nimmt die Bedeutung Chinas als wichtigster Handelspartner stetig zu – beschleunigt von dem Dauerkonflikt Pretorias mit Washington, wo überdies der Kongress zum Jahresende auch den „African Growth and Opportunities Act“ auslaufen lässt, der über mehr als ein Vierteljahrhundert Subsahara-Afrika den zollfreien Export in die USA ermöglichte. Am Tor in den afrikanischen Kontinent wird Chinas weiterer Vormarsch also derzeit sicherlich nicht aufgehalten. Ein strategisch vorgehendes

Europa könnte allerdings ein wichtiger Partner für Pretoria sein, den wachsenden chinesischen Einfluss auszubalancieren.



Martin Wiesmann

Martin Wiesmann, früherer Vice Chairman Investment Banking Europa von J.P. Morgan und heute Managing Partner von Berlin Global Advisors, analysiert Strategien, Ressourcen und Abhängigkeiten von Mittelmächten für F.A.Z. Weltwirtschaft vor Ort.

Bild: Privat

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)



Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2026
Alle Rechte vorbehalten.